

Sächsische Volkszeitung

erschlägt täglich nachm. mit Ausnahme der Sam- und Festtage.
Abendblätter: 1. u. 2. 50 J. (ohne Bestellgeld), für Cetera
zahl 2 k. 55 h. Bei a. n. Postämtern L. Postamt Nr. 608.
Abendblätter 10 Pf. — Abonnement-Preise: 11 — 12 Mkr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Interate werden die Regelhaft. Zeitliche ob. deren Raum mit 15 J.
Nachnamen mit 50 J. die Zeitliche ob. d. Wied. bezeugt. Abteil.
Wachdruckerei, Verlags- und Geschäftsstelle: Dresden,
Blümler Straße 43. — Druckerei Nr. 1906.

r. Die Auflösung des Reichstages.

Als wir gestern im Schlußjah unseres zweiten Artikels niederschrieben, daß wir über Nacht vor der großen Schlacht stehen könnten, erwarteten wir nicht, daß unsere Vorhergabe der Reichstagsauflösung schon einige Stunden später in Erfüllung gegangen sein werde. Bis spätestens 11. Februar 1907 muß die große Schlacht geschlagen und die Reichstagswahlen vollendet sein; bis spätestens am 13. März muß der neue Reichstag eröffnet werden. Die Auflösung des Reichstages hat ihren wahren Grund nicht in der Ablehnung des Nachtragsetats für Südwestafrika. Schon der temperamentvolle Vortrag des Kolonialdirektors am 3. Dezember, der mit Zustimmung des Reichsfanzlers erfolgte, ließ den Wunsch der Regierung durchblicken, sich des lästigen Mahners und Anklägers, des Zentrums, zu entledigen. Nicht diese Partei bildet eine Nebenregierung, sondern sie hatte lediglich die Rolle eines Volkstribunen übernommen, der gewissenhaft darauf achtete, daß die Kolonialstände ihre gerechte Forderung fänden, und daß im Interesse der deutschen Steuerzahler die Regierung der Geld- und Weisenbergschwendung für eine Sandwinde ein Ziel setze. Nach einige Tage vorher hatte der Reichsfanzler verkündet, daß der Aufstand niedergeworfen sei, was errieth auch, daß vielleicht noch 300 brausende Hottentotten im Felde stehen, oder lagen wir lieber, in kleinen Trupps in den Bergen und Büschen herumlungern; trotzdem wollte die Regierung, daß eine größere Truppenmacht als nötig dort erhalten bleibe. Im Reichstage erklärte Oberst Teimling — wenn wir nicht irren — daß auf jeden Feind vier Soldaten kommen müßten; gut, dann würden auf 300 Feinde 1200 Mann im Felde genügen. Die Regierung forderte wieder rund 30 Millionen Mark; das Zentrum wollte 20 Millionen bewilligen, aber es forderte, daß die Vorbereitungen zu getroffen werden, daß künftig nur 2500 Mann in Südwestafrika bleiben sollten. Dabei hat Dr. Spahn eigens erklärt, daß das Zentrum „jeden Mann und jeden Groschen“ bewilligen werde, aber es fordere eine billigere Kriegsführung; es wolle statt der so teuren Schutztruppe (1 Mann kostet 10 000 Mark im Jahre) eine billigere Polizeitruppe haben, zumal der Aufstand niedergeworfen sei.

Aber man achtete auf die gründliche Auseinandersetzung des Zentrumführers kaum; es lag vielmehr eine vorbereitete hochgradige politische Spannung in der Luft, die nur auf den ersten Konflikt wartete, um sich zu entladen; man fühlte, daß alles auf inszeniert war, um den Schlag zu führen, der das Zentrum treffen sollte.

Das Zentrum wird die Verantwortung für sein Verhalten gern tragen. Es hat wahrlich Millionen genug für Südwestafrika bewilligen helfen, und nachdem der Aufstand fast gänzlich niedergeworfen ist, konnte und mußte es im Interesse des Volkes verlangen, daß endlich die Zahl der Truppen auf das unbedingt notwendige Maß herabgesetzt werde. Es hat nicht die Kolonie preisgegeben wollen, sondern nur darauf bestanden, daß die Regierung endlich den ersten Willen betätige, der Geld- und Menschenverschwendung ein Ziel zu setzen.

Die Regierung berief sich auf „militärische Autoritäten“. Was wurde nicht alles von diesen bereits verlangt? Wieviel tausend Mann müßte der Steuerzahler mehr in den Kasernen unterhalten, wieviel Schiffe würden mehr in den Häfen liegen, wieviel neue Waffenstücke hätten wir bereits zu bezahlen gehabt, wenn es nach den Forderungen der „militärischen Autoritäten“ gegangen wäre! Diese sind nicht allein maßgebend. Wohin würden wir kommen, wenn der Reichstag alle ihre Forderungen bewilligen

wollte? Die Steuerkraft des Volkes spielt hier eine bedeutende Rolle. Das nationale Bewußtsein kann nicht in der Geldbewilligung für eine größere Heereskraft bestehen, als unbedingt nötig ist. Für eine gesunde Finanzpolitik hat der Reichstag Sorge zu tragen. Das Zentrum hatte dieses Bemühen um eine vernünftige Sparsamkeit, und das nimmt die Regierung zum Vorwand, den Reichstag aufzulösen.

Daß die Ablehnung des Reichstagesetats nicht der wahre Grund ist, liegt klar zutage; die Regierung sucht eine willkürlichere Mehrheit, als es das Zentrum war; es sucht eine Gruppierung, welche die Augen zu schließen versteht, wenn die Kolonialstände der Regierung das Leben verbittern. Glaubt sie durch die Neuwahlen unter der Parole: „Fort mit der kolonialen Nebenregierung“ ihr Ziel zu erreichen? Wir zweifeln an dem Erfolg. Zunächst kann man es nicht verhehlen, wenn man die Zentrumspresse rückwärtslos die himmelschreienden Kolonialskandale aufdeckt und den Wählern klarmacht, daß die „koloniale Nebenregierung“, so weit Zentrumsmitglieder dabei in Betracht kommen, einzig und allein den Zweck hatte, den Skandalen ein Ende zu machen, ihre Vertikung zu verhindern und den christlichen Missionen gegen Beamtenwillkür Recht zu verschaffen, daß aber von anderer Seite eine „Nebenregierung“ ausgeübt wird, mit dem Zwecke, alle Skandale zu vertuschen und Beamte, deren Konto mit solchen belastet war, in ihrer Stellung zu erhalten oder von neuem in einflussreiche Stellungen hineinzubringen. Was bei den Wählern mehr Eindruck machen wird, werden wir ja sehen!

Die Auflösung des Reichstages unter der gegebenen Parole wird nur die Popularität des Zentrums erhöhen. Leider werden aber auch die Sozialdemokraten mehr Anhang gewinnen, als es der Regierung lieb ist. Sollte der Haß gegen das Zentrum die Nationalliberalen und ihre Freunde zur Bildung einer „großen liberalen Partei“ führen, dann haben sich die konservativen über die Umgestaltung des Reichstages nicht zu freuen, denn ihre Stellwürde der Liberalismus einnehmen und der wird weit angründlicher sein, als das Zentrum war.

God lassen wir das Propheten und denken wir an die Gegenwartsarbeit. Das Zentrum hat plünderweise nicht geklärt, sondern seine Organisationen ausgebaut, so daß der „Dresdn. Maz.“ ihm gestern dem Zeugnis ausstellen mußte, eine Wahlparole unter dem Titel Kolonialpolitik sei nicht der recht;hammer, um „die Macht des Zentrums, das den größten Teil des politisch organisierten deutschen Katholizismus repräsentiert und das stets eine Disziplin behauptet hat, die für andere Parteien nur vorbildlich sein kann, so ohne weiteres zu zerbrechen“. Hätten sich die konservativen und Nationalliberalen in Sachsen die Zeit seit 1903 so zunutze gemacht wie das Zentrum, so könnten sie mit froher Stimmfestigkeit in den Wahlkampf ziehen. Aber nach den letzten Reichstagsdebatten legen sich die nationalliberalen und konservativen Schuldträger zur Ruhe nieder, läßt Träume von gelauer Pflicht anfangen sie — und sie werden über den Kompetenzstreit nicht schlecht erwidern sein, der so unerwartet neuerdings großen Kampf verurteilt, sie werden dem Reichsfanzler Litter zürnen, daß er ihnen so unerwartet die Hofelung von den Augen zu ziehen sich erlaube. Die bürgerliche Presse behandelte den einzigen Feind in Sachsen, die Sozialdemokratie, als Lust; sie ignorierte ihn vornehm und ging dem Kampfe fürstlich aus dem Wege. Nun muß dieselbe Presse die Ordnungsparteien gegen einen Feind führen, dessen inneres Wesen ihnen unbekannt gelassen wurde — kein Wunder, daß es so viel Ueberläufer gibt.

Schuld daran sind die bürgerlichen Parteien und vor allem ihre Presse selbst.

Auch die Katholiken Sächsens haben nicht geklärt und an ihren Organisationen fleißig gearbeitet. Nun heißt es, die Frucht aus ihrer Arbeit pflücken. Vor allen Dingen haben sich überall aus den bestehenden Vereinigungen heraus politische Wahlvereine zu bilden, deren Aufgaben die Wahlvorbereitungen sein müssen.

Unsere Parole, unter der wir die Zentrumswähler in Sachsen sammeln, muß sein:

Eine gesunde Finanzpolitik und eine saubere Kolonialpolitik!

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 140. Sitzung am 13. Dezember 1906.

Auf der Tagesordnung steht der 2. Nachtragsetat für Südwestafrika. — In der Budgetkommission ist bekanntlich alles abgelehnt worden.

Das Zentrum beantragt, dem dispositive hinzuzufügen: „Zur Heimbeförderung von Verwundeten, die in der Weite zu erfolgen hat, daß mindestens bis zum 31. März 1907 neben der Heimreise weiterer 4000 Mann die Vorbereitungen dazu getroffen sind, die Gesamthöhe der Schutztruppe auf die Zahl von 2500 herabzumindern, und statt 29220000 Mk. zu setzen: 20255000 Mk.“

Die Freiwililigen beantragen, 29220000 Mk. zu genehmigen und die Schutztruppe erheblich zu vermindern.

Berichterstatter Dr. Spahn referiert über die Kommissionsverhandlungen. Die Kommission hat auf eine Verminderung der Truppen mit aller Gewalt hingearbeitet. Oberst v. Teimling hat am 19. März schon ausgeführt, daß nur 3500 Soldaten vor dem Feinde nötig seien. Die Summe des Hauptetatats hat nicht ausgereicht. Ursprünglich forderte man über 92 Mill. Die Kommission schied 15288000 Mk. ab. Ein Antrag ging nun dahin, diese Summe zu genehmigen, aber zu bestimmen, daß die Vorbereitungen bis 31. März 1907 dahin zu treffen sind, daß nur noch 2500 Mann dort bleiben sollen. Nur 300 Hottentotten seien noch unter den Waffen. Die Antragsteller forderten ferner, daß die Schutztruppe zunächst bald in eine Polizeitruppe umgewandelt werde, was erheblich billiger ist. Die Antragsteller versicherten, daß sie die Verantwortung mit übernehmen wollten, da es sich um große Ausgaben handle für 1907 werden bereits 40 Millionen Mark gefordert. Alle Anträge sind in der Kommission abgelehnt worden.

Reichsfanzler Fürst Bülow: Die Vorlage ist sorgsam geprüft worden; sie fordert nur das Unvermeidliche. Wir werden die Truppen bis April 1907 auf 8000 Mann vermindern, früher aber noch Verminderungen eintreten lassen. Für 1907 können wir uns nicht auf eine bestimmte Zahl festlegen; dieser Vorschlag ist für die verbündeten Regierungen annehmbar. Die militärische Aktion würde hierdurch eingeschränkt werden; der Süden würde verloren und wir hätten binnen kurzer Zeit neue Aufstände. Die Aufstände würden auf andere Kolonien überirritieren, wir müßten sie wieder erobern oder ganz aufgeben. Es handelt sich um eine letzte Anstrengung; vor dem letzten Ufer dürfen wir nicht zurückweichen. Wir machen uns somit einer nationalen Verurteilung schuldig. Ich hoffe nicht, daß der Reichstag einem solchen Beschluß zustimmt. Als verantwortlicher Leiter der Reichsgeschäfte kann ich einen solchen Beschluß nicht unterschreiben. (Beifall rechts.)

Abg. Schmidt (Liberale) (Nat.): Wir wollen uns nicht auf eine bestimmte Zahl festlegen, weil sonst die völlige Verübung nicht durchgeführt werden kann. Alle entscheidenden Truppen müssen so rasch wie möglich zurückgeschickt werden. Deshalb unser Antrag. (Beifall links.)

Abg. Kocren (Zentrum) will sich einige allgemeine Bemerkungen gestatten. Die letzte Rede des Kolonialdirektors Tarnoburg hat viele Mißverständnisse erzeugt; ich muß mir deshalb einige Bemerkungen gestatten. Ich habe die kulturellen Verhältnisse zu beleuchten, die Wutaba Angelegenheit habe ich nur nebenher berührt; der Kolonialdirektor hat diese in den Vordergrund gestellt, um von einer Nebenregierung des Zentrums sprechen zu können. Von den Mißständen redet man nicht mehr. Ich habe mich nicht unbedingt eingemischt; der Präsident der Loge der Mission hat mich um meine Vermittlung in der Affäre der Verhaftung der Mission. Ich hatte mich an den Reichsfanzler gewandt, um eine Unterredung zu erlangen; Dr. Stibel hat mich direkt eingeladen, an den Verhandlungen teilzunehmen. (Hört!) Das tat ich. Eine unbefugte Gimmichung existiert nicht. Ein förmliche Aufzeichnung über die Vereinbarung fand statt. Die Unschuld der Mission wurde eigens festgestellt. Am 2. Mai 1906

Geschichtliches vom Weihnachtsbaum.

Soeben ist ein Buch von Dr. E. M. Aronfeld „Der Weihnachtsbaum“ (Schulzche Hofbuchhandlung, Oldenburg) erschienen, in dem zahlreiche Forschungen über den Christbaum gesammelt sind.

Von blühenden und leuchtenden Bäumen, die in der heiligen Nacht zu jungem Leben erwachen, wissen Legenden Wunderbares zu erzählen. Die Rose von Jericho, die ihre Blüte im hellen Scheine des Sternes von Bethlehem entfaltet, hat ihr naturgeschichtliches Gegenbild in der Rieswurz, deren vorzeitige Blüten schon im Dezember „Schneerose“ hervorprischen lassen; von dem in der Christnacht ausschlagenden Weißdornstrauch und blühenden Kypselbäumen, die manch Auserwählter in der heiligen Nacht leuchten sah, erzählen alte Geschichten. Diese Sehnsucht, zu Weihnachten blühende Pflanzen und Bäume im Hause zu besitzen, die schon in germanischen Mythos zu Tage trat, brachte die Sitte, zum Christtage Blumen und Zweige zum „Läuben“ zu bringen, ja durch künstliche Erwärmlung und sorgfältige Pflege ganze Kirch- und Birnenbäume mit jungen Sprossen und ersten Blüten zu schmücken. Doch bald wandte man sich zu den immergrünen Pflanzen, deren Schmuck die Unbillen des Winters überdauert und die die schönste Verheißung der Natur für einen kommenden Frühling sind, zu. Tanne, Fichte und Föhre wurden die naturgemäßen Weihnachtsbäume; ja auch die Eibe ist in Brandenburg und Sachsen als Christbaum verwendet worden, wie Linné 1741 beobachtet hat.

In der germanischen Mythologie spielt der Zauberkreis, das Sinnbild des erwachenden Pflanzenlebens, eine große Rolle; mit Lichtern bestockte Tannenbäume werden bei

Slaven und Ungarn zu Hochzeitserleuchtungen aufgerichtet; auch bei dem Julfeste wurden Wäde Holz angezündet. So gefellte sich Feuer- und Lichterglanz zu aller germanischen Festesfeier.

Tennoch läßt sich der deutsche Weihnachtsbaum in keiner Weise von altheidnischen Gebräuchen herleiten. War auch sein Wesen mit untrakt Vorstellungen und langvertrauten Gebräuchen eng zusammenhängen, so ist seine Existenz doch vor der Wende des 16. und 17. Jahrhunderts nicht nachzuweisen. Weder das Mittelalter noch die Reformationszeit kannten den Christbaum, und er scheint erst aus einer lokal begrenzten, christlichen Einrichtung und Sitte allmählich sich zum Sinnbild deutscher Weihnachtsfeier entwickeln zu haben. Der berühmte Prediger Weiler von Sangerberg wendet sich in einer seiner Predigten scharf gegen die in Stralsburg herrschenden Weihnachtsgebräuche und verdammt sie als heidnisch. Unter diesen Sitten erwähnt er auch: „danneiß (Tannenreis) in die Stuben legen“ und bietet uns damit den ersten Beleg für einen Volksbrauch, der mit unserem weihnachtlichen Tannenbaum in Verbindung steht. In der katholischen Reichstadt Schlettstadt im Unterelsaß läßt sich dann der Weihnachtsbaum durch das ganze 16. Jahrhundert hin nachweisen. Im Jahre 1555 erläßt der Rat der Stadt das Verbot, Weihnachtsbäume zu hauen; überhaupt läßt sich aus Rechnungen und Verordnungen der Stadt das alljährlich-Aufrücken von Weihnachtsstannen genau belegen. Die erste wirkliche Erwähnung des geschmückten Baumes aber haben wir in einer Handschrift von 1604, in der es heißt: „Auf Weihnachten richtet man Tannenbäume zu Stralsburg in den Stuben auf, daran hendet man rohen aus vielfarbigem papier geschnitten, Äpfel, Blatten, Fischgolt, Zucker.“

Nach im Jahre 1654 bekämpft der Straßburger Pastor N. K. Lannbauer diesen Brauch als gottloses Aberglauben. In seinem dickleibigen Kompendium „Katechismusmilde“ heißt es: „Unter allen Kappasien, damit man die große Weihnachtszeit oft mehr als mit Gotteswort befehlt, ist auch der Weihnachtsbaum oder Tannbaum, den man zu Hause aufrichtet, denselben mit Zucker und Tuppen behängt und ihn hernach schütteln und abblumen läßt.“

Doch der christliche Weihnachtsbaum war noch ohne Lichter, durch die Franzosen verdrängt er nach der Annexionierung des Landes vollständig und ist erst 1870 von den deutschen Truppen wieder hieingebracht worden. Im Innern Deutschlands aber fand dieser christliche Volksbrauch liebevolle Aufnahme und breitete sich immer mehr aus. Die erste schriftliche Erwähnung des mit Lichtern versehenen Weihnachtsbaumes finden wir 1737 in Gottfried Kriplings Schrift „Von heiligen Christ-Geisenden“, in der unsere heutige Weihnachtsfeier bereits vollständig entwickelt ist. Von nun an mehrten sich die Besuche. Zuerst war der Christbaum Anfang der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Berlin noch nicht allgemein verbreitet, wie der aus Bern nach Berlin gekommene Entomologe Dr. Karl v. Brunner erzählt. In Wien war der Schauspieler Heinrich Anichini einer der ersten, der hier das Christfest mit einem Weihnachtsbaum feierte. Als er 1821 aus Schlesien nach Wien an die Burg kam, war diese Sitte in Oesterreich noch fast unbekannt. Allgemein beliebt wurde der Christbaum erst in Wien, als ihn die Erzherzogin Henriette, eine geborene Prinzessin von Nassau-Weilburg, am Hofe einfuhrte. In Ungarn wurde der Weihnachtsbaum nach 1840 populär, und erst in den letzten Jahrhunderten hat er seinen Siegeszug durch die Welt angetreten. „Germania.“